

Niederschrift Nr. 17 über die Sitzung des Schulausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 03.09.2009
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:15 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verw. gebäude II

Anwesend:

Vorsitzende
Meyer, Elfriede

SPD-Fraktion

Bamminger, Berendine
Brunken, Karola für Bernd Bornemann
Mecklenburg, Rico
Meinen, Regina
Swieter, Benjamin

CDU-Fraktion

Bongartz, Helmut für Reinhard Hegewald (bis 18:43 Uhr)
Verlee, Carmen

FDP-Fraktion

Ammersken, Heino
Bolinius, Rolf (bis 18:07 Uhr)

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Renken, Bernd (ab 17:05 bis 19:03 Uhr)

Fraktion DIE LINKE. Grundmandat

Koziolk, Stephan-Gerhard (ab 17:07 Uhr)

Stimmberechtigte Sonstige Mitglieder

Brandt, Birka
Geerken, Rainer
Kalvelage, Arthur
Kaufhold, Josef

von der Verwaltung

Sprengelmeyer, Thomas
Buß, Thomas
Lier, Robert

Protokollführung

Rauch, Agnes

Gast

Schwieder, Wolfgang

Niederschrift Nr. 17 über die Sitzung des Schulausschusses

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau E. Meyer begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss: Die Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift Nr. 16 über die öffentliche Sitzung des Schulausschusses am 07.05.2009

Herr Buß teilt mit, Herr Koziolk habe mit Schreiben vom 14.06.2009 die Niederschrift des Schulausschusses Nr. 16 dahingehend beanstandet, dass seine Ausführungen in nur sehr abgespeckter Form wiedergegeben worden seien, während die Beiträge der anderen Fraktionssprecher sehr detailliert übernommen worden seien. Aus diesem Grunde werde dem Protokoll der heutigen Sitzung die von Herrn Koziolk verfasste Stellungnahme als Anlage beigefügt.

Beschluss: Die Niederschrift Nr. 16 über die öffentliche Sitzung des Schulausschusses am 03.09.2009 wird mit dieser Änderung genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 5 Zuwendungen im Rahmen des Konjunkturpakets II
- Förderschwerpunkt Schulinfrastruktur; Digitale Unterrichtsmedien
Vorlage: 15/1283

Herr Buß führt aus, diese Beschlussvorlage zum Konjunkturpaket II habe den Förderschwerpunkt Schulinfrastruktur und betreffe die digitalen Unterrichtsmedien. Zudem wolle er heute die Gelegenheit nutzen, auf die Punkte des Konjunkturpaketes II hinzuweisen, die den Schulbereich intensiv berührten mit Ausnahme der Baumaßnahmen, da diese im Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation ausführlich vorgestellt worden seien. Im Rahmen des Konjunkturpaketes II seien verschiedene Anträge gestellt worden. Einerseits habe man einen Antrag bezüglich der digitalen Unterrichtsmedien gestellt, andererseits 13 Anträge hinsichtlich der Ausstattung an Schulen für den Bereich Mobiles Lernen. Vom Land

Niederschrift Nr. 17 über die Sitzung des Schulausschusses

Niedersachsen sei mittlerweile der entsprechende Zuwendungsbescheid in Höhe von 215.000 € eingegangen. Somit könne zuzüglich des städtischen Eigenanteils knapp 240.000 € bis Ende des Jahres in die Medienausstattung investiert werden. Diese Summe gehe an 13 Schulen, von denen mindestens 35 % Grundschulen sein müssten. Die Schulen hätten dafür zum Teil sehr gute Medienkonzepte erarbeitet, die auch entsprechend berücksichtigt würden. Die Verwaltung werde sich Mitte September mit den Schulleitungen zusammensetzen, um das weitere Verfahren zu besprechen, sodass letztlich das ganze Beschaffungsverfahren noch in diesem Jahr beendet werden könne.

Weiter trägt Herr Buß vor, der von der Stadt gestellte Antrag hinsichtlich des Ausbaus der BBS II zu einem Innovations- und Zukunftszentrum werde voraussichtlich ablehnend beschieden. Noch liege der Bescheid nicht vor. Es sei geplant gewesen, eine Investition in Höhe von ca. 1,3 Mio. € zu tätigen, um eine Fachschule Technik, Fachrichtung Mechatronik, einzurichten. Der entsprechende Bedarf sei in der Wirtschaft und bei den Berufsabsolventen durchaus vorhanden. Dieses hätten zahlreiche Gespräche gezeigt. Die nächsten Fachschulen Technik, die diese Weiterbildung gewährleisten könnten, würden sich in Osnabrück und Braunschweig befinden.

Herr Buß bemerkt im Hinblick auf die digitalen Unterrichtsmedien, diese insgesamt 85.000 € wolle man dazu benutzen, sich an einem Programm des Niedersächsischen Landesamtes für Lehrerfortbildung und Schulentwicklung zu beteiligen. Das sogenannte NiLS werde eine landesweite Beschaffung von ca. 400 bis 500 Lizenzen für Film- und Lernsoftware vornehmen, die digital zur Verfügung gestellt würden und sogar von allen Schulen gleichzeitig eingesetzt werden könnten. Aus diesem Grunde mache er heute den Vorschlag, dass die Stadt Emden sich an diesem Programm beteilige, um den Zugriff auf die Medien für die Emdener Schulen erheblich zu erweitern.

Herr Mecklenburg erklärt, seine Fraktion werde diesem Beschluss selbstverständlich zustimmen. Es sei jedoch bedauerlich, dass die Turnhallensanierung und Zuwendung an die BBS II abgelehnt worden sei. Dennoch sei hier eine gewaltige Summe für die Verbesserung der Ausstattung der Schulen zur Verfügung gestellt worden. Er bedankt sich bei denjenigen, die hier viel und schnell gearbeitet hätten.

Herr Bongartz teilt mit, auch die CDU-Fraktion werde diesem Vorschlag zustimmen. Er bemerkt, wie bereits gestern in der Finanzausschuss-Sitzung besprochen, sei es sehr bedauerlich, dass die Stadt Emden den Zuschuss für die BBS II nicht bekommen werde. Er erinnert jedoch daran, dass man sich eigentlich darüber im Klaren gewesen sei, dass die Bedingungen unwahrscheinlich schwer zu erfüllen gewesen seien. Dennoch müsse man erkennen, was die Berufsschule kurzfristig geleistet habe. Mechatronik sei heute eines der begehrtesten Berufsfelder. Zwar sei es bedauerlich, aber trotzdem müsse man denjenigen Respekt und Hochachtung entgegenbringen, die in so kurzer Zeit bei der BBS diesen Antrag erarbeitet hätten.

Weiter erklärt Herr Bongartz, auch habe man festgestellt, dass die Anträge bezüglich der Turnhallen so gewaltig hoch gewesen seien, dass man eine Grenze gesetzt hätte und nur die Turnhallen, die vor 1965 gebaut worden seien, berücksichtigt hätte. Bedauerlicherweise seien die Emdener Turnhallen jünger, sodass sie nicht zum Zuge gekommen seien.

Herr Ammersken erklärt, er könne sich seinen Vorrednern anschließen. Sicherlich sei es sehr bedauerlich, dass die genannten Projekte nicht gefördert würden. Doch man sollte dieser Vorlage heute zustimmen, da mit einem relativ geringen Eigenanteil eine Menge Geld bewegt werden könne. Er fragt abschließend an, ob mit einem Bescheid bezüglich der Notebooks und Activeboards in diesem Jahr noch gerechnet werden könne.

Niederschrift Nr. 17 über die Sitzung des Schulausschusses

Herr Buß antwortet, zum Zeitpunkt der Vorlagenerstellung habe der Zuwendungsbescheid nicht vorgelegen. Dieser sei nunmehr am 31.08.09 eingegangen und beinhalte einen Zuschuss in Höhe von 215.000 € bei einem Eigenanteil von 23.000 €

Herr Renken betont, auch er werde dieser Vorlage zustimmen und stellt fest, nunmehr habe man von den beantragten knapp 325.000 € 290.000 € für den Bereich Medienausstattung der allgemeinbildenden Schulen zur Verfügung. Das sei eine gewaltige Summe, von der alle Schulen profitieren sollten. Wie er bereits in der Finanzausschuss-Sitzung ausgeführt habe, läge der Wermutstropfen insbesondere im Bereich der BBS II. Hier seien auch offenbar Erwartungen geweckt worden, die nicht erfüllt worden seien.

Herr Renken bittet darum, dass das innovative Zukunftskonzept, welches an der BBS II entwickelt worden sei, durchaus auch Eingang in den Schulausschuss finden sollte. Er sei der Ansicht, dass ein solches Projekt nicht einfach für den Papierkorb geschrieben worden sein dürfe. Bei der Diskussion um die Weiterentwicklung der BBS müsse mit Sicherheit auch die Stadt Emden ihren Beitrag dazu leisten. Herr Renken bemerkt, verwundert hätten ihn die Zuwendungsbescheide über 200.000 € für den Landkreis Wittmund und über 600.000 € für den Landkreis Leer. Anscheinend seien ihre Projekte innovativer und zukunftsträglicher als das, was in Emden oder in Aurich entwickelt worden sei. Doch müsse das zukunftsfähige Thema Mechatronik weiter verfolgt werden. Die viele Arbeit dürfe nicht in Vergessenheit geraten. Aus diesem Grunde bitte er darum, dieses Projekt im Schulausschuss vorzustellen.

Beschluss: Die Stadt Emden beteiligt sich an der Beschaffung didaktisch aufbereiteter, digitaler Online-Unterrichtsmedien für alle Unterrichtsfächer. Die Mittel aus dem Konjunkturpaket II, Förderschwerpunkt Schulinfrastruktur (Medienausstattung, digitale Unterrichtsmedien) in Höhe von 85.000 € einschließlich des städtischen Eigenanteils in Höhe von 10 % sind entsprechend der Verfahrensbestimmungen zu diesem Zweck an das Niedersächsische Landesamt für Lehrerbildung und Schulentwicklung (NiLS) auszus zahlen.

Ergebnis: einstimmig

TOP 6 Schülerbeförderung; Einstellung der Winterregelung
Vorlage: 15/1278

Herr Buß erklärt, mit dieser Beschlussvorlage habe die Verwaltung aufgrund der Haushaltssperre den Vorschlag gemacht, die Winterregelung einzustellen. Die eingesparten Mittel sollten dazu gebraucht werden, die Pflichtaufgaben im Rahmen der Schülerbeförderung abdecken zu können. Zwar sei der Einsparungseffekt prozentual nicht sonderlich groß, doch andererseits handele es sich hierbei um eine freiwillige Leistung.

Herr Sprengelmeyer ergänzt, diese Vorlage habe der Fachbereich und nicht der Kämmerer eingebracht.

Herr Mecklenburg führt aus, trotzdem habe der Kämmerer die Haushaltssperre zu verantworten. Seine Fraktion werde diesem Beschluss nicht zustimmen, wie sie es auch schon in den vergangenen Jahren getan habe. Hier gehe es um die Sicherheit der Kinder gerade in der dunklen Jahreszeit, wenn ein gewisses Gefährdungspotential vorhanden sei. Herr Mecklenburg schildert kurz die in den letzten Jahren durchgeführten Aktivitäten bezüglich der Winterregelung, die schon viel Zeit in Anspruch genommen hätten. Und auch in diesem Jahr lehne seine Fraktion den Beschluss wieder ab. Der Verwaltungsspitze sei bekannt, wie sich die SPD-Fraktion in einzelnen Politikfeldern positioniert habe und dass gewisse Bereiche aus den

Niederschrift Nr. 17 über die Sitzung des Schulausschusses

Einsparungsmöglichkeiten herausgenommen werden sollten. Dieses sei bereits in den letzten Jahren auch von den anderen Fraktionen deutlich gemacht worden. Der Bereich Kinder, Jugend und Schule sei so wichtig, dass hier nicht gespart werden dürfe. Das sei auch dem Kämmerer bekannt. Die Schulen können Einsparungen nicht auffangen, weil eben viele Dinge sehr wichtig und politisch sowie von der Verwaltung gewollt seien.

Herr Ammersken hält diese Vorlage für einen komödiantischen Auftakt der Haushaltsberatungen. Seine Fraktion werde nicht zustimmen und habe ganz klar deutlich gemacht, dass ihr der Bereich Kinder und Schule sehr wichtig sei und hier nicht gekürzt werden dürfe.

Frau Brandt stimmt den Äußerungen ihrer beiden Vorredner zu und zeigt sich verwundert darüber, dass hier über einen Betrag von lediglich 4.500 € gesprochen werde, wenn unter TOP 8 für die Konzeptentwicklung der Essensversorgung 30.000 € ausgegeben werde. Sie frage sich, wie für ein lächerliches Konzept so viel Geld zustande kommen könne, wenn gleichzeitig über 4.500 € für die Sicherheit der Schüler diskutiert werde. Ihrer Meinung nach stehe dieses in keinem Verhältnis.

Herr Bongartz bemerkt, er habe diese Vorlage erwartet und es werde auch in diesem Jahr so enden, wie in den Jahren zuvor. Doch auch hier gäbe es einen ernsten Hintergrund, den man nicht übersehen dürfe. Aufgrund der vorhandenen Defizite im Bereich Schulen und Jugend sei es derzeit nicht angezeigt, hier Einsparungen vorzunehmen. Dafür würde in der Öffentlichkeit wenig Verständnis aufgebracht. Auch sei ihm das Konzept mit der Essensversorgung nicht bekannt und er wolle zunächst einmal hören, welcher Aufwand damit verbunden sei. Wenn auf der einen Seite der Nesserlander Friedhof wieder hergestellt werde mit Geld, welches im Haushalt gefunden worden sei, könne es andererseits schwerlich den Eltern vermittelt werden, aus welchem Grunde der Betrag für die Schülerbeförderung eingespart werden müsse. Sicherlich müsse man irgendwo anfangen, aber dieses liege nunmehr an der Politik. Aber auch die Verwaltung stehe im Sparzwang, da der Kämmerer eine Haushaltssperre verhängt und keinen Bereich ausgenommen habe. Wenn die Politik wolle, dass der Bereich Kinder, Jugend und Schule ausgenommen werde, dann müssten alle Fraktionen dieses sagen. Dennoch habe dieses einen Haken. Zwar wisse man im Moment, was man nicht wolle. Doch man wisse noch nicht, was man wolle. Dieses müsse untereinander noch geklärt und in anderen Bereichen entsprechend durchgesetzt werden. Herr Bongartz betont abschließend, auf jeden Fall müsse gespart werden.

Herr Renken ist der Meinung, die Einstellung der Winterregelung sei der denkbar schlechteste Ansatz, um das Thema Haushaltskonsolidierung anzufangen. Auf der anderen Seite sei es verwunderlich, dass ein ähnlicher Betrag im Kulturausschuss zu heftigen Debatten geführt habe, weil dieses aus Sicht der SPD-Fraktion mit der Haushaltskonsolidierung nicht vereinbar sei. In dieser Diskussion seien auch manche Widersprüche zu verzeichnen gewesen. Er sei gespannt, wie die Haushaltskonsolidierung enden werde, wenn jeder sagen würde, dass in seinem Bereich nicht gespart werden dürfe.

Weiter erklärt Herr Renken, Haushaltskonsolidierung bedeute aber natürlich nicht, dass man nicht in der Lage sei, neue Dinge anzufangen und innovative Konzepte umzusetzen. Er halte es gerade im Bereich des Essenskonzeptes für sehr notwendig, Mittel bereitzustellen. Dieses sei auch ein breit geäußerter Wunsch der Kindertageseinrichtungen. Hinsichtlich des Themas Fahrtkosten und Schülerbeförderung bemerkt Herr Renken, ab dem 11. Schuljahr würden die Kosten von den Eltern selbst zu tragen sein. Es gäbe eine Initiative des Landkreises Aurich, die darauf abziele, die Defizite auf Bundes- und Landesebene dadurch auszugleichen, dass man den Kindern aus Familien mit wenig Einkommen analog der Regelung, die auch hier getroffen worden sei, als Schulmittelbeihilfe die Fahrtkosten erstatte und ihnen somit eine kostenlose Fahrt ermögliche. Herr Renken zitiert aus der „Ostfriesen Zeitung“: „Es gibt Eltern, die können

Niederschrift Nr. 17 über die Sitzung des Schulausschusses

es sich sogar leisten, ihren Kindern neue Schulbücher zu kaufen, und das gleich zweimal, damit sie zu Hause und in der Schule je einen Satz haben und die Bücher nicht schleppen müssen. Im krassen Gegensatz dazu gibt es Eltern, deren Kinder trotz guter schulischer Leistungen keine weiterführende Schule besuchen können, weil allein die Busfahrtskosten für sie unerschwinglich sind.“ Herr Renken stellt fest, die Schlussfolgerung daraus sei, dass es völlig armselig für ein Land wie Deutschland sei, wenn Bildung schon am Wohnort und an der Busfahrtskarte scheitern würde. Dieses habe mit Chancengleichheit nichts zu tun. Er fordere die Fraktionen und die Verwaltung auf, an diesem Punkt auch die Diskussion zu führen und sich dem anzuschließen, was der Landkreis Aurich vorgemacht habe. Seiner Meinung nach sei es äußerst bedauerlich, dass weder Bund noch Land diese Problemlage so bewerten würden. Die Grünen im Landtag hätten vor zwei Jahren bereits einen Antrag gestellt, einen solchen Fond einzurichten, um diese Lücke im System zu schließen, die Bildungschancen verhindere und Leuten den Besuch der weiterführenden Schulen nicht ermögliche. Selbstverständlich werde das auch etwas kosten, aber man müsse in solchen Situationen haushaltsmäßig den Mut haben, ein paar zukunftsorientierte Beschlüsse zu fassen. Ihm sei bewusst, dass man an anderer Stelle natürlich etwas gegenfinanzieren oder in einem gewissen Maße die nötigen Kredite aufnehmen müsse.

Herr Sprengelmeyer bemerkt, es sei die Aufgabe und Pflicht der Verwaltung und insbesondere des Kämmers, auf die Finanzsituation aufmerksam zu machen. In diesem Rahmen habe Herr Lutz mit der Haushaltssperre einen Erlass bewirkt, der allen vor Augen führe, wie die finanzielle Situation aussehe. Herr Buß werde gleich noch einmal die Kosten der Schülerbeförderung darlegen. Auch richte sich in den nächsten Jahren immer wieder die Frage an die Politik, wo Prioritäten gesetzt werden sollten.

Herr Buß bezieht sich auf den Redebeitrag von Herrn Renken hinsichtlich einer zusätzlichen freiwilligen Leistung. Die Verwaltung sei gehalten, die gesetzlichen Regelungen umzusetzen. Allerdings gäbe es in der letzten Zeit verschiedene Anfragen in Bezug auf freiwillige Leistungen im Rahmen der Schülerbeförderung. Er wolle die Gelegenheit nutzen, um einmal auf die Schülerbeförderungskosten hinzuweisen. Anhand einer Folie erläutere Herr Buß die Beförderungskosten der letzten Jahre. Diese Folie ist im Internet unter www.emden.de einsehbar. Abschließend stellt Herr Buß fest, die Kostensteigerung basiere im Wesentlichen darauf, dass Tarifierhöhungen in den Jahren 2007 und 2009 durchgeführt worden seien. Auch im Rahmen des Anmietverkehrs habe es Preissteigerungen gegeben. Zudem seien zusätzliche Fahrten im freigestellten Anmietverkehr durchgeführt worden.

Herr Bongartz weist darauf hin, dass der Landkreis Aurich nicht aus lauter Gutmütigkeit diese Regelung getroffen habe. Es habe dort den Fall gegeben, dass ein Kind nicht transportiert werden konnte, da die Eltern das Geld nicht dafür hatten. Die Korrespondenz innerhalb der Politik und der Verwaltung habe auch keine Möglichkeit gesehen, dieses zu ändern. Erst als sich ein hochrangiger Politiker eingeschaltet habe, habe der Landkreis Aurich das Problem erkannt und geändert.

Beschluss: Die von der Stadt Emden bislang als freiwillige Leistung praktizierte Winterregelung in der Schülerbeförderung wird zum 01.11.2009 eingestellt.

Ergebnis: einstimmig abgelehnt

Niederschrift Nr. 17 über die Sitzung des Schulausschusses

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 7 Ergebnisse der Schulinspektionen der Grundschule Grüner Weg und der Schule Wybelsum
Vorlage: 15/1279

Herr Buß erklärt, bereits in der Sitzung im Januar 2009 seien zwei Ergebnisse der Schulinspektion an den beiden Berufsbildenden Schulen vorgestellt worden. Heute würden Frau Thurow, Grundschule Grüner Weg, und Herr Mecklenburg, Grund-, Haupt- und Realschule Wybelsum die Ergebnisse der Schulinspektion vorstellen. Herr Buß weist darauf hin, dass seit dem Jahre 2006 die Schulinspektionen regelmäßig durchgeführt würden. Es erfolge eine ganzheitliche Betrachtung der Schulen. Es würden vielfältige Informationen in einem spezifischen Verfahren erhoben und letztlich würden sich die ganzen Untersuchungen auf den Orientierungsrahmen Schulqualität in Niedersachsen stützen. Die Inspektionen würden stets im Team, welches aus mindestens zwei Schulinspektoren bestehe, durchgeführt. Die Arbeit in der Schule werde anhand festgelegter Kriterien bewertet und die Bewertungen würden sich auf Durchschnittswerte aller inspizierten Schulen beziehen.

Abschließend stellt Herr Buß fest, die Ergebnisse der Inspektion stelle kein Ranking der Schulen untereinander dar. Hier werde nur ein Vergleich der Schulen innerhalb der landesweiten Durchschnittswerte durchgeführt. Das Ziel der Schulinspektion sei, den Schulen einen Spiegel vorzuhalten und ihnen dadurch Anregungen zu geben, um ihre Arbeit zu verbessern und sich zu optimieren.

Frau Thurow führt aus, sie stelle heute die Ergebnisse der Grundschule Grüner Weg vor, da sie zum Zeitpunkt der Inspektion im Jahre 2006 die Schule kommissarisch geleitet habe. Aus diesem Grund habe sie damals versucht, sich gegen die Schulinspektion zu wehren. Doch hierauf sei keine Rücksicht genommen worden, sodass unter sehr erschwerten Bedingungen die Schulinspektion durchgeführt worden sei. Anfangs sei das Kollegium der Meinung gewesen, dass eine Schulinspektion eigentlich nicht viel aussagen könne. Doch anschließend habe man sich davon überzeugen können, dass die Schulinspektion durchaus in der kurzen Zeit einen ganz guten Eindruck von der Schule bekommen habe. Die Schule Grüner Weg habe bei der Schulinspektion sehr gut abgeschnitten.

Anschließend erläutert **Herr Mecklenburg** den Ablauf und die Ergebnisse der Schulinspektion 2007 für die Grund-, Haupt- und Realschule Wybelsum ausführlich.

Frau E. Meyer bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

Frau Meinen bemerkt, im Nachhinein sei festzustellen, dass sich diese Inspektionen für das Kollegium und auch für die Schulen bewährt hätten. So könne nunmehr kritisch geguckt werden, ob man auf dem richtigen Weg sei. Sie begrüße es, dass auch gleich an dem Kriterium gearbeitet worden sei. Von daher würde die Schulinspektion den Schulen gut tun.

Herr Bongartz hält das gute Ergebnis der beiden Schulen Grüner Weg und Wybelsum für keine Selbstverständlichkeit. Daher sei es anzuerkennen und Dank zu zollen.

Herr Kaufhold weist darauf hin, dass die Schulinspektion selbst ein uraltes Instrument sei. Als Vertreter der allgemeinbildenden Schulen erklärt er, es sei noch völlig ungeklärt, ob die Erhebung solcher Daten tatsächlich der Entwicklung einer Schule wirklich gut täten. Diesen Nachweis sei man bis heute schuldig geblieben. Zudem seien die Belastungen durch die Schulinspektionen für die Lehrkräfte enorm und für die Schulleitungen unglaublich. Auch würde

Niederschrift Nr. 17 über die Sitzung des Schulausschusses

es nicht darum gehen, dass in irgendeiner Form schlecht gearbeitet werde. Bei der Schulinspektion würden unter Umständen auch Kriterien abgefragt, die schwierig zusammen zu stellen seien. Er sei der Meinung, dass die Schulinspektion sicherlich eine Einrichtung sei, die dazu diene, die Schulen in irgendeiner Form an die Wirtschaft anzupassen. Doch er frage sich, ob das unbedingt gut und gewollt sei. Mit dem Schulsystem habe man ein System, das auf einer pädagogischen und erziehungswissenschaftlichen Basis beruhe. Man habe nie danach gestrebt, in irgendeiner Form ein Wirtschaftsunternehmen daraus zu machen.

Frau Brandt stimmt Herrn Kaufhold zu und bemerkt, sicherlich sei es eine Menge Mehrarbeit für die Lehrer und die Schulleitung, bei der man überlegen müsse, ob sie gerechtfertigt sei. Sie gibt zu bedenken, dass andererseits eine Prüfung auch nicht schlecht sei. Abschließend betont Frau Brandt, sie würde es jedoch auch begrüßen, wenn später auch mit den Ergebnissen gearbeitet werde.

Herr Bongartz erklärt, er sehe eine Schulinspektion nicht als ein Kontrollinstrument. Denn gerade habe Frau Thurow gesagt, sie sei dieser Sache anfangs mit einer großer Skepsis begegnet und zum Schluss doch überrascht gewesen, dass im Prinzip die beiden Schulinspektoren sich einen sehr guten Überblick über diese Schule verschaffen konnten. Wenn diese Schule attestiert bekomme, unter diesen schwierigen Bedingungen habe sie ein gutes Ergebnis erzielt, dann sei es ein Beweis und eine Bestätigung für die ganze Schule. Seiner Meinung nach könne man sicherlich im Leben alles immer hinterfragen.

Herr Kaufhold stellt fest, er befinde sich in einer Zwickmühle. Auf der einen Seite hätten die Kollegien der Schulen Grüner Weg und Wybelsum bereits vor der Schulinspektion über Jahre hinweg hart für die Entwicklung der Schulen gearbeitet. Er begrüße es, dass die Schulinspektion das erkannt habe. Er gibt jedoch zu bedenken, dass die Konsequenzen aus den Inspektionsberichten lediglich papierene Arbeiten seien. Wenn ein Schulleiter ein Manko in seinem Bericht habe, dann komme es zu einer Zielvereinbarung mit der Landesschulbehörde. Wenn jetzt ein Gruppenraum fehle, bekomme die Stadt keine Auflage, diesen nachzubessern. Die Konsequenzen, die sich aus den Schulinspektionsberichten ergeben, seien tatsächlich so, dass man nach außen sagen könne, die Schulen in Deutschland hätten ein hohes Niveau. Auf diese Art und Weise werde auch Druck ausgeübt. Es nütze den Schulen nur zu wenig.

Herr Sprengelmeyer erklärt, er sehe dieses ähnlich. Die Konsequenzen der Schulinspektionen würden tatsächlich nur auf einem sehr geringen Niveau umgesetzt. Es sei nicht nur so, dass Anforderungen an den Schulträger bezüglich der Räumlichkeiten und der Ausstattung gestellt würden, sondern möglicherweise auch Anforderungen an das Land z. B. hinsichtlich der Schulklassengrößen. Seiner Meinung nach seien die Schulen nicht allein durch die Schulinspektionen frustriert, sondern was die Schule tatsächlich bewege, sei die Situation der Kinder und Jugendlichen. Diese Situation, die auch nicht durch Schulinspektionen verändert werden könne, werde für die Schüler täglich schwieriger, da die Verhaltensauffälligkeiten zunehmen würden. Hierüber werde man sich demnächst im Jugendhilfeausschuss unterhalten müssen. Außerdem komme zu den Schulinspektionen dann noch die Stadt oder der Landkreis die an den Lehrkörper eine Vielzahl von Anforderungen stellen würden, ohne dass sich dieses positiv auf den Schulalltag auswirke. Er sei der Ansicht, dass sowohl auf der kommunalen Ebene als auf der Landesebene das Zusammengehen von Schule und Jugend sehr viel konsequenter umgesetzt werden müsse. Man dürfe sich nicht nur die Situation in den Schulen, sondern man müsse auch das Umfeld ansehen. Nach seinen Beobachtungen seien dieses enorme Anforderungen, die in den letzten Jahren auf die Lehrerschaften zugekommen seien.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Niederschrift Nr. 17 über die Sitzung des Schulausschusses

TOP 8 Ernährungs- und Verpflegungskonzept für Kindertagesstätten und Schulen;
- Zwischenbericht
Vorlage: 15/1280

Herr Sprengelmeyer zeigt sich verärgert über die Aussage von Frau Brandt. Der Bereich Gesundheit sei seines Erachtens das Wesentlichste, was ein Kind zur Sozialisation benötige. Auch habe der Rat der Stadt Emden in verschiedenen Ausschüssen die Verwaltung aufgefordert, endlich ein umfassendes Ernährungs- und Verpflegungskonzept aufzulegen. Dabei rede man über die tägliche Verpflegung von ca. 3.500 Schülern in der Entwicklung. Das Konzept, welches entwickelt werden solle, stelle nicht nur die Verpflegung in den Krippen, Kindertagesstätten und Schulen sicher, sondern man wolle auch gewisse Qualitätsstandards entwickeln.

Insgesamt werde hier über viel Geld geredet, was in die Hand zu nehmen sei und dazu benötige man ein umfassendes Konzept. Dieses brauche Zeit, um auch möglicherweise einige Strukturen durchzudenken und nachzurechnen. Sowohl im Schulausschuss als auch im Jugendhilfeausschuss werde über dieses Thema immer wieder berichtet. Heute werde hier aber ein Projekt konkret vorgestellt, welches im Rahmen der Projektentwicklung initiiert worden sei. Im Dezember 2008 sei gemeinsam mit der Emsschule das Pilotprojekt „Gesundes Schulfrühstück an der Grundschule Emsschule“ gestartet worden, welches im Übrigen auch Ausfluss des Modellprojektes an der Cirkxenaschule zur Stärkung der Hauptschule gewesen sei. Als Ziel seien dazu Befragungen bei den Eltern und den Schülern durchgeführt worden, wie sich das Ganze auswirke und wie es bewertet werde. Die Ergebnisse wolle man dem Ausschuss heute vorstellen.

Herr Schwieder stellt sich zunächst vor und erläutert dann die Evaluationsergebnisse einer Befragung zum Modellprojekt an der Emsschule anhand einer PowerPoint-Präsentation.

Frau E. Meyer bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

Herr Sprengelmeyer ergänzt, mit dem Ernährungs- und Verpflegungskonzept wolle man auch bewirken, dass sich das Thema Gesundheit und gesunde Ernährung in den Einrichtungen aber auch in den Familien und bei den Kindern verselbstständige. Man habe hier gute Ansätze gefunden und wolle das Projekt weiterführen. Es gäbe Schulen, die bereits Interesse bekundet hätten, sodass man nach diesem Konzept vorgehen könne und den einzelnen Schulen zu gegebener Zeit dieses Angebot machen könne, wenn es sich in einer Schule verselbstständigt habe. Daran würden sich natürlich ganz viele weitere Nebenaspekte wie die Förderung des Ehrenamtes, die Wertschätzung der Eltern etc. anschließen. Auf diesem Wege wolle er sich bei allen Beteiligten der Emsschule, bei dem Niko-Projekt und natürlich auch bei Frau Becker-de Boer bedanken.

Herr Kaufhold bedankt sich ebenfalls für die geleistete Arbeit an diesem Projekt. Er ergänzt, dass an den Schulen laufend verschiedene Projekte unter dem Thema Klasse 2000 angeboten würden. Die Schulen würden dieses Thema sehr ernst nehmen.

Herr Mecklenburg begrüßt dieses Projekt und fragt an, für welchen Zeitraum es gesichert sei oder ob es fest in Emden installiert sei, sodass man darauf aufbauen könne. Weiter stellt er fest, dass man noch ganz weit entfernt davon sei, dass in den Einrichtungen den Kindern ein kontinuierliches, regelmäßiges und gesundes Verpflegungsangebot angeboten werden könne. Auch bei den inzwischen eingerichteten Ganztagschulen laufe die Verpflegung insgesamt sehr schwierig, weil einerseits die Einrichtungen dafür nicht zur Verfügung stünden oder man nicht wisse, woher das Essen kommen solle. Bei einigen Anbietern sei die Zufriedenheit auch nicht überwältigend. Herr Mecklenburg weist darauf hin, dass es sich die Gemeinde Hinte leiste, allen Schülern ein Essen für je einen Euro anzubieten, obwohl das Essen 2,80 € koste. Seine

Niederschrift Nr. 17 über die Sitzung des Schulausschusses

Zielvorstellung sei es, dass jede Schule und Einrichtung so ausgestattet sei, dass zusammen mit den Kindern dort etwas zubereitet werden könne, was gesund sei und gemeinsam gegessen werde. So sei es auch in anderen europäischen Ländern Standard.

Herr Bongartz stimmt Herrn Mecklenburg zu. Vor 1,5 Jahren habe seine Fraktion das erste Mal nach einem solchen Konzept gefragt und angeboten, dass sich der Rat auch engagieren wolle. Die Verwaltung habe hier abgelehnt und gesagt, sie schaffe es alleine. Das sei richtig gewesen und funktioniere auch. Doch müsse die Angelegenheit zu einem Ende gebracht werden, wo gesagt werden könne, ab jetzt laufe es an allen Schulen und Kindergärten allein. Hier sei die Politik gefragt, was den Haushalt angehe. Außerdem müsse man sich als Ziel setzen, dem nächsten Rat ein vollkommen funktionierendes Konzept zu übergeben.

Frau Brandt betont, sie habe gesagt, lächerlich sei der Betrag von 4.500 € für die Schülerbeförderung im Vergleich zu 30.000 € für die Konzeptentwicklung. Selbstverständlich sei sie für eine gesunde Ernährung an den Schulen und auch der Meinung, dass jede Schule ein vernünftiges Essen kostengünstig anbieten sollte.

Herr Renken erinnert an die Aussage seitens der Verwaltung im Jugendhilfeausschuss im November 2007, dass die Qualität der Versorgung in den Einrichtungen einer kindgerechten Versorgung nicht entsprechen würde. Bei den Cateringbetrieben im Stadtgebiet würde es kein adäquates Angebot mit einem akzeptablen Preis geben. Diese Situation sei nach 1,5 Jahren noch genauso. So wichtig er diesen Beitrag und die Untersuchung hier finden würde, so schaffe sie auch Handlungsgrundlagen im Bereich gesunder Ernährung vor allem im Bereich der Multiplikatoren. Er sei jedoch enttäuscht darüber, dass man in der Sache Verpflegungskonzept im Grunde genommen nicht weiter gekommen sei. Seiner Meinung nach könne es auch daran liegen, dass es in der Verwaltung Kräfte geben würde, die kein großes Interesse daran hätten, dieses gerade vor dem Hintergrund der finanziellen Situation voranzutreiben.

Herr Renken schließt sich der Ansicht von Herrn Mecklenburg an, dass das Verpflegungsangebot weiter nach vorne gebracht werden müsste. In vielen Städten gäbe es bereits konzeptionelle Entwicklungen und einige davon hätten in einem Verpflegungskonzept beschlossen, den Anteil von Biokost zu steigern. Auch sei ihm bis heute nicht klar, was konkret bei den Kindergärten und Schulen auf den Tisch kommen solle. Seiner Ansicht nach dürfe es nicht noch zwei Jahre dauern, sondern es müsse jetzt ein Schlusspunkt gefunden werden, um eine solide Grundlage zu haben und um die Änderungswünsche aus dem Kreis der beteiligten Kindertagesstätten und Schulen berücksichtigen zu können.

Herr Sprengelmeyer entgegnet, das umfangreiche Konzept werde wesentlich früher vorliegen. Neben der Zusammenarbeit mit dem Veterinäramt müsse auch berücksichtigt werden, dass man immer ein flexibles System habe und es Einrichtungen gäbe, in denen aus pädagogischen Gründen komplett gekocht werde. Auf der anderen Seite werde es Einrichtungen geben, die vollständig beliefert würden. Dann gäbe es noch Einrichtungen, die zukochen würden. Alles müsse unter den entsprechenden Qualitätsstandards passieren. Außerdem müsse eine Finanzierung vorliegen. Die Verwaltung sei bereits ein ganzes Stück weiter, doch habe er dieses nicht zerstückelt vorstellen wollen. Herr Sprengelmeyer verweist in diesem Zusammenhang auf den Jugendhilfeausschuss am 22.09.09, wo dieser Punkt ebenfalls behandelt werde.

Frau Meinen schlägt vor, bis zu dem Jugendhilfeausschuss eine Liste zu erstellen, aus der ersichtlich werde, welche Tagesstätteneinrichtung und welche Schulen wie viele Essen herausgeben, ob sie das Essen selbst kochen würden oder woher sie es beziehen. Damit würde die Politik einen Überblick über den Ist-Zustand bekommen.

Herr Sprengelmeyer sagt dieses zu.

Niederschrift Nr. 17 über die Sitzung des Schulausschusses

Ergebnis: Kenntnis genommen.

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN UND GRUPPEN

TOP 9 Grundschule Constantia;
- Antrag der FDP-Fraktion vom 17.06.2009
Vorlage: 15/1275

Herr Ammersken erklärt, er habe diese Anfrage gestellt, um gewisse Verbesserungen im Außenbereich der Grundschule Constantia anzustoßen. Zum großen Teil seien die Punkte auch zu seiner Zufriedenheit beantwortet worden. Doch zu einigen Punkten habe er Nachfragen, die er bereits heute Morgen Herrn Baumann per E-Mail geschickt habe.

Herr Baumann führt aus, die erste Nachfrage habe sich auf das Fundament unter dem Hügel bezogen. Seiner Ansicht nach sei ein Fundament unter dem Hügel nicht geplant und auch nicht erforderlich. Die AAFÖG sei derzeit dabei, den Hügel wieder in Stand zu setzen. Die dadurch entstehenden Kosten würden nach Absprache mit der Schulleitung einerseits von der Schule und andererseits vom Gebäudemanagement getragen. Herr Baumann bemerkt, der Hügel sei ein Wunsch der Schulleitung gewesen, dessen Umsetzung nicht sehr gut verlaufen sei.

Der zweite Punkt beziehe sich auf den Wartungsvertrag für den Bolzplatz und die Kosten für die Beregnungsanlage. Hier gibt Herr Baumann zu bedenken, dass es sich lediglich um einen Bolzplatz und nicht um eine Sportanlage handle. Als solcher sei er auch angelegt und aus Sicht des Gebäudemanagements so auch in Ordnung. Der Ballfangzaun werde in den nächsten Tagen noch einmal in Augenschein genommen, ob Ausbesserungen oder Reparaturen erforderlich seien.

Hinsichtlich der ausrollenden Bälle müsse man sich ggf. mit der Schulleitung abstimmen, wie man diese Bälle wieder aus dem Graben holen könne. Er halte es eigentlich für übertrieben, einen Zaun zu errichten.

Anschließend bemerkt Herr Baumann bezüglich der Feuertreppe im linken Teil des Gebäudes, hier sei nicht vorgesehen, diese Treppe mit einer Pforte zu versehen, weil von der Schulleitung in diesem Zusammenhang noch keine Gefahrenquelle aufgezeigt worden sei. Es werde noch einmal mit der Schulleitung Kontakt aufgenommen und ggf. nachgerüstet. In Bezug auf den Unterstand führt Herr Baumann aus, eine erste Vorplanung eines solchen Unterstandes würde Kosten in Höhe von ca. 2.000 € verursachen. Der Unterstand selber, der auch dem Baurecht entsprechen müsse, habe eine Bausumme von ca. 60.000 €. Hier stellt sich jedoch noch die Frage, wie ein solcher Unterstand ausgestaltet werden sollte.

Herr Mecklenburg betont, ihn hätten verschiedentlich Eltern aus dem Stadtteil Constantia angesprochen, dass an der Straße Möwensteert zur Schule hin keine Schulwegsicherung vorhanden sei. Er bitte die Verwaltung zu prüfen, ob es möglich wäre, einen Zebrastreifen einzurichten.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Niederschrift Nr. 17 über die Sitzung des Schulausschusses

TOP 10 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

1. Medienzentrum

Herr Buß teilt mit, der medienpädagogische Berater im kommunalen Medienzentrum Emden, Herr Hunger, sei mit Ablauf des letzten Schuljahres in den Ruhestand getreten. Herr Max, Leiter der Emsschule habe sich bereit erklärt, diese Funktion zu übernehmen und sei kürzlich vom Land bestellt worden. Er stehe nunmehr in Emden allen Schulen und Bildungseinrichtungen entsprechend zur Verfügung.

2. Leitung der Osterburgschule

Herr Buß erklärt, die bisherige kommissarische Schulleiterin der Osterburgschule, Frau Hoffmann, sei nunmehr als Schulleiterin bestellt worden.

3. Leitung der Hauptschule Cirksenaschule

Herr Buß bemerkt, da die Stelle der Schulleitung der Hauptschule Cirksenaschule vakant sei, sei jetzt Frau Bergholz kommissarisch bestellt worden.

4. Stellvertretende Leitung der Fruchteburgschule

Herr Buß berichtet, Frau Nauß werde als neue stellvertretende Schulleiterin der Fruchteburgschule bestellt.

5. Schulentwicklungsplanung

Herr Buß führt aus, der Antrag zur Schulentwicklungsplanung, der auch die Errichtung einer IGS enthalte, sei vor den Sommerferien an die Landesschulbehörde gesandt worden. Zurzeit würden dort die Stellungnahmen der verschiedenen schulfachlichen Dezernenten eingeholt. Er hoffe auf einen möglichst umgehenden Bescheid.

6. Trinkwasserspender

Herr Buß weist darauf hin, der Rat habe eine jährliche Summe in Höhe von 10.000 € für die Aufstellung von Trinkwasserspendern in Schulen in Kindertageseinrichtungen bereitgestellt. Aufgrund der Beteiligung von zwei Sponsoren habe man in diesem Jahr drei neue Geräte an der BBSI, der BBS II und der Osterburgschule aufstellen können.

7. Kasernengelände

Herr Buß stellt heraus, es sei bereits mehrfach nach dem Sachstand bezüglich der Sporthalle auf dem Kasernengelände gefragt worden. Dort habe der Rat eine Summe von 10.000 € zur Erstellung eines Sachverständigengutachtens zur Verfügung gestellt. Dieses Gutachten sei nunmehr in Auftrag gegeben. Die Firma sei in dieser Woche vor Ort gewesen und habe eine Bestandserhebung durchgeführt. Er rechne damit, dass dieser Gutachten innerhalb der nächsten Wochen vorgelegt werde.

8. Anfrage von Herrn Bornemann im Verwaltungsausschuss am 31.08.09

Herr Buß trägt vor, im Verwaltungsausschuss am 31.08.2009 habe sich Herr Bornemann bezüglich der Fahrtkosten für die Sprachtests erkundigt. Hierzu führt Herr Buß aus, die Kosten für die Sprachtests für die Eingangsuntersuchungen würde der Schulträger nicht übernehmen.

Niederschrift Nr. 17 über die Sitzung des Schulausschusses

Hier seien die Eltern selbst gehalten, ihre Kinder zu diesem Test zu bringen. Die Transportkosten der Kindergartenkinder zur Sprachförderung hingegen würden von der Stadt Emden übernommen, wenn die Mindestentfernung zwei Kilometer überschreiten würde. Dieses werde nach wie vor so durchgeführt. Doch im letzten Jahr seien zwei Kinder im Bereich der Grundschule Herrentor mitgenommen worden, obwohl sie die Zwei-Kilometer-Grenze nicht erreicht hätten, weil im Fahrzeug noch Platz vorhanden gewesen sei. Das sei in diesem Jahr aber nicht der Fall.

TOP 11 Anfragen

1. Haushaltssperre

Herr Mecklenburg fragt an, ob dem ausdrücklichen Wunsch entsprochen werde, die Bereiche Kinder, Jugend und Schule von der Haushaltssperre auszunehmen, ohne dass es weitere Initiativen der Politik bedarf. Weiter erkundigt er sich, ob es aus den betroffenen Einrichtungen sehr viel Kritik gegeben habe. Einen diesbezüglichen Brief habe er an den Kämmerer geschickt. Er habe jedoch noch keine Antwort darauf erhalten.

Herr Sprengelmeyer erklärt, er habe bisher noch keine Nachricht erhalten, dass der Bereich Jugend und Schule aus der Haushaltssperre herausgenommen werde. Die Kritik der Vereine etc. halte sich in Grenzen.

2. Besetzung von Schulleiterstellen

Herr Kaufhold bemerkt, gerade habe man vernehmen können, wie viele Stellen an den Schulen in Emden besetzt worden seien. Leider habe Herr Buß nicht gesagt, wie viele von diesen Stellen über ein richtiges Bewerbungsverfahren gelaufen seien. Herr Kaufhold stellt fest, dass die Verwaltungen der Schulen total überlastet seien. Gerade die Abwicklung der Schulmittelbeihilfe bringe die Schulleitungen und Verwaltungen an die äußerste Grenze der Belastbarkeit. Wenn sich nunmehr kein Bewerber für eine hochdotierte Schulleiterstelle finden würde, müsse man überlegen, woran das liegen könnte. Früher sei es eine Ehre gewesen, sich auf eine solche Stelle zu bewerben. Heute wolle keiner die Schulleitung übernehmen. Gerade auch im Bereich der Grundschulen verbleibe neben dem Unterricht nur noch wenig Zeit für die Verwaltungsarbeit. Dieses könne so nicht weitergehen, denn dadurch mache man die Schulen kaputt. Dieses sei nicht nur in Emden so. Das Land Niedersachsen kümmere sich jedoch nicht darum.

Frau E. Meyer schlägt vor, diese Problematik in den Fraktionen zu besprechen. Auch die Verwaltung sollte sich Gedanken machen, was man hier machen könne.

Herr Buß betont, er könne den Ärger gut verstehen, auch besonders, da gewisse Aufgaben wie z. B. die Mitwirkung im Antragsverfahren des Lernmittelzuschusses zusätzlich vom Schulträger auf die Schulen übertragen worden seien. Auf der anderen Seite müsse er darauf hinweisen, dass das Land Niedersachsen selbst diverse Verwaltungsaufgaben im Rahmen der Einführung der eigenverantwortlichen Schule auf die Schulleitungen delegiert habe. Zu Beginn dieser Aktion sei auch versprochen worden, genügend Verwaltungspersonal zur Verfügung zu stellen. Dieses Personal sei nicht bereit gestellt worden. Er erlebe täglich in vielen Diskussionen mit den Schulleitern, dass sie auf diesen Missstand hinweisen würden. Doch seiner Meinung nach könne es auch nicht sein, dass bedingt durch die Übertragung der Aufgaben des Landes auf die Schulleitungen jetzt die Schulträger in ihrer Zuständigkeit dieses Missverhältnis beseitigen müssten und entsprechend zu finanzieren hätten.

Niederschrift Nr. 17 über die Sitzung des Schulausschusses

2. Förderschule

Frau Bamming erkundigt sich nach dem Sachstand der Förderschule.

Herr Buß erklärt, in den Sommerferien seien zahlreiche Raumlufmessungen in der Förderschule durchgeführt worden. Diese Messungen seien sehr unterschiedlich ausgefallen. Einige Räumlichkeiten könnten kurzfristig freigegeben werden, da dort bedeutend bessere Werte zu verzeichnen seien. Doch in anderen Räumen seien die Messwerte besorgniserregend hoch. Zurzeit arbeite man an dieser Thematik, um mit der Schule entsprechende Räumlichkeiten zu schaffen und dadurch die Unterrichtssituation zu verbessern.

3. Haushaltssperre

Herr Ammersken ist der Meinung, die Anfrage von Herrn Mecklenburg sei nicht ausreichend beantwortet worden. Er habe gefragt, ob die Signale, die seitens der Fraktionen hinsichtlich der Kürzungen im Bereich Schule und Bildung gesetzt worden seien, in schriftlicher Form als gemeinsamer Antrag formuliert werden müsse oder ob die Verwaltung dieses mitnehme und dem Kämmerer als gemeinsamen Willen der Fraktionen vorlegen werde.

Herr Sprengelmeyer entgegnet, er werde dieses gerne mitnehmen. Doch habe er bereits darauf hingewiesen, ihm würden keine Hinweise vorliegen, dass der Bereich Jugend und Schule aus der Haushaltssperre herausgenommen werde.

Herr Ammersken stellt fest, dieses käme fast einem Antrag gleich. Er bitte darum, dass man das entsprechend berücksichtigt.

Herr Mecklenburg erklärt, der Kämmerer habe ihm zugesagt, dass er mit dem Ergebnis des dritten Quartals eine Prüfung vornehmen wolle und dann ggf. eine Rücknahme. Wenn er das nicht mache, dann müssten die Fraktionen einen Antrag stellen.

3. Umzug der Nesserlander Schule

Frau E. Meyer fragt an, ob beim Umzug der Nesserlander Schule in die Cirksenaschule die Lehrkräfte und die Schulleitung bei der organisatorischen Planung mit einbezogen würden.

Herr Sprengelmeyer antwortet, sobald die Genehmigung vorliegen würde, werde dazu eine entsprechende Arbeitsgruppe eingerichtet, weil dann alle beteiligten Institutionen zusammenwirken müssten.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.